

Von Lukas Hupfer*

Kollektive Intelligenz als Chance für unsere Demokratie



Lukas Hupfer

Unsere Autos werden laufend intelligenter, die Bedienung unserer Haustechnik verlagert sich ins Internet und die Blockchain-Technologie ermöglicht uns Zahlungen mit Kryptowährungen. Die Digitalisierung rast voran. Mittendrin ist unsere Demokratie, betraut mit der Aufgabe, die Interessen unserer Bürger mit diesen rasanten Entwicklungen in Einklang zu bringen: Schwerfällig und ursprünglich funktionieren ihre Prozesse – die Wahlen mal ausgenommen – nach dem simplen binären System der ersten Stunde: Ja oder Nein. «Abstimmung» nennt sich das.

Dieser rudimentären Form der Mitbestimmung durch das Volk geht jedoch ein aufwändiger Prozess voraus, in welchem Abstimmungsvorlagen erst generiert werden müssen: Sitzungen, Expertenkommissionen, Differenzbereinigung in den Räten und weitere Verfahrensschritte benötigen Zeit und Geld. Und sie werden weitgehend von Politikern und Interessenvertretern bestritten. Eine direkte Mitgestaltungsmöglichkeit für die Stimmbevölkerung ist in dieser Phase kaum vorhanden. Kommen die Abstimmungsunterlagen dann nach Hause, ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit deren Inhalten zwar möglich, stattfinden tut sie aber selten. Die

weitgehend oberflächliche Beschäftigung mit politischen Vorlagen wirkt zusammen mit der polarisierenden Wahl zwischen Ja und Nein bisweilen als Wachstumshormon für Populismus.

Die Bevölkerung in den politischen Prozess integrieren

«Während die Demokratie zu einem Auslaufmodell werden könnte, weil sie langsam und schwerfällig ist, fördern soziale Medien Frust und Radikalisierung. Die Polarisierung politischer Meinungen verunmöglicht zusehends tragfähige Lösungen.» Diese Aussage stammt aus einem Lilienberg Anlass im Juni 2017. Der Ausweg, wie ihn Stefan Klauser von der ETH Zürich damals skizzierte, liegt in einem umfassenderen Einbezug der Bevölkerung und in kollektiver Entscheidungsfindung. Gelingt dies nicht, fällt die Politik gefährlich weit hinter die Digitalisierung zurück. Die Kluft zwischen der technologisierten Industrie, der virtuell vernetzten Bevölkerung und dem staatlichen Regulativ würde weiter wachsen und entsprechendes Konfliktpotenzial zunehmen.

Nur: Wie integriert man die Bevölkerung künftig in den politischen Prozess? Wie

motiviert man die Jungen, die oft schlecht über politische Fragestellungen informiert sind, sich mit diesen auseinander zu setzen? Wie werden politische Prozesse effizienter gestaltet? Und überhaupt: Wie trifft man in Bezug auf drängende politische Herausforderungen intelligente, nachhaltige Entscheide?

Die Antworten liegen in der Herausforderung an sich: in der Digitalisierung. Es ist höchste Zeit, dass wir die Triebkraft hinter der vierten industriellen Revolution auf demokratische Prozesse anwenden. Die Demokratie muss dazu nicht neu erfunden, sondern weiterentwickelt werden. Wenn die Ja-/Nein-Demokratie an Reife zulegt, wird sie mit aktuellen Herausforderungen nicht nur Schritt halten, sondern diese steuern, positiv prägen und Gefahren frühzeitig erkennen.

Der positive Aspekt der Digitalisierung auf eine lebendige und schlagkräftige Demokratie wurde bereits verschiedentlich erkannt. So startete die Universität Zürich im Jahr 2016 ihre Digital Society Initiative. Wesentlicher Baustein: Das Manifest für digitale Demokratie, welches alle Schweizer Bürger einlädt, ihre Ideen zum Thema einzubringen.

Damit ist der Ansatz des Crowdsourcing angesprochen: Anstelle von, oder vielmehr ergänzend zu etablierten Politmechanismen wird die «Masse» an Internetnutzern eingeladen, an der politischen Lösungsfindung teilzunehmen. Indem die Hürde zur Teilnahme niedrig gehalten wird, finden Ansätze, welche Experten unter Umständen übersehen hätten, Eingang in die Diskussion. Ausserdem entsteht aufgrund des stärkeren Miteinbezugs eine Resonanzgruppe, die selektiert und gewichtet. Man spricht auch von kollektiver Intelligenz. Durch ihre Teilnahme am politischen Prozess können sich die Mitdenkenden besser mit dem Ergebnis identifizieren. Und das wiederum ist Teil der Motivation, mitzuwirken. Zudem stehen vermeintliche Sachzwänge, versteckte Agenden oder Profilierungssucht weniger im Weg, wenn es darum geht, kreative, neue und bisweilen überraschend einfache politische Lösungsansätze zu finden. Dass dieser Prozess nicht nur ein schöner Wunsch ist, sondern in der Praxis funktioniert, beweist die Geschichte von foraus – Forum Aussenpolitik.

Als erster Mitmach-Think-Tank der Schweiz bietet foraus seit 10 Jahren jungen Köpfen aus allen Bereichen der Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Vorschläge in den

politischen Prozess und die öffentliche Debatte zu bringen. Wie das praktisch aussieht, lässt sich am eben gestarteten Projekt mit dem Namen «Policy Kitchen» illustrieren. Policy Kitchen ist eine Kombination von physischen Workshops und einer digitalen Plattform, über die konkrete Lösungsansätze für dringende aussenpolitische Herausforderungen gemeinsam erarbeitet werden (www.policykitchen.com).

Am Start einer Policy-Kitchen-Kampagne steht eine konkrete Fragestellung zu einer aussenpolitischen Herausforderung. Zurzeit sind zwei Themen aktuell: Die Folgen der weltweit schwindenden Biodiversität und die Debatte um eine politische Strategie der Schweiz zur Künstlichen Intelligenz. Sowohl die Workshops als auch die Verfeinerung und die Konsolidierung der Lösungsansätze übers Internet sind öffentlich und werden von Moderatoren und Experten begleitet. Der Prozess ist übersichtlich und schnell: Bereits nach fünf Monaten werden konkrete Handlungsempfehlungen an Entscheidungsträger weitergeleitet.

Das Internet als Ressource gelebter Demokratie

Diese Form der politischen Mitwirkung besticht durch ihre schlanke Struktur.

Neben Moderatoren, Experten und einem Online-Tool braucht es aber vor allem die Vision einer demokratischen Gesellschaft und das Vertrauen in die Fähigkeiten ihrer Bürger, die anstehenden politischen Herausforderungen durch einen transparenten Prozess aktiv mitzugestalten.

Egal ob aussenpolitische, innenpolitische oder lokalpolitische Themen: Wir tun gut daran, das Internet zu einer Ressource gelebter Demokratie zu machen, bevor andere es dazu missbrauchen, diese zu schädigen. Die digitale Transformation findet statt – nicht bald, nicht morgen, sondern jetzt. Und es wäre fahrlässig, die Chance, die sich daraus für die Demokratie ergibt, nicht zu nutzen.

**Lukas Hupfer ist Geschäftsführer von foraus – Forum Aussenpolitik.*